

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Rechtzeitig vor der Wahl wird vom bevorstehenden Aufschwung geredet. Das Gegenteil ist real zu erfahren. An des "Kaisers neue Kleider" fühlt sich Manfred Opel MdB erinnert.

Seite 1

Das Mannheimer Schandurteil war kein Urteil im Namen des Volkes. Massive Urteilsschelte, auch vom Deutschen Bundestag, fordert Siegfried Vergin MdB.

Seite 3

An die im KZ Michailowka umgekommene jüdische, deutschsprachige Dichterin Selma Meerbaum-Eisinger erinnert Angelika Barbe MdB.

Seite 4

### Dokumentation

In ihrer Dresdener Erklärung fordern der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharpling sowie die SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden der ostdeutschen Bundesländer auf, die Chancen der Einheit endlich zu nutzen.

Seite 5

49. Jahrgang / 154

12. August 1994

### Des Kanzler's neue Kleider

Von Manfred Opel MdB

Es ist bekannt: Cassandra wird nicht gewählt. Deshalb schauspielt "Helmut der Mächtige" Optimismus.

Der Kanzler zieht alle Register seines taktischen Reserve-Repertoires. Nervös reist er vom Wolfgangsee nach Rügen; oder war es Sylt? Doch alle Finessen helfen wenig: Die Wahrheit schimmert immer deutlicher durch den Medien-Mantel.

Immer neue Tricks muß daher Kanzler Kohl hervorholen. Und ein Heer Willfähriger und Abhängiger beugt sich, den neuerlichen "Sieg" zu fördern - und natürlich den eigenen Vorteil.

Doch wieviele Ferngläser die Regierungsriege auch ausgibt, wieviele Marktschreier sich auch landauf landab laut ins Zeug legen und wieviele Werbestrategen auch teuer bezahlt werden: Der Aufschwung, den die Werbestrategen Kohls krampfhaft herbeireden möchten und den einige Industrievertreter freundschaftsverbunden nachplappern, gleicht eher einem mißglückten Klimmzug. Allenfalls die berühmte eine Aufschwung-Schwalbe ist auszumachen, die aber bekanntlich noch keinen Sommer bedeutet.

Erst sollte der Aufschwung im Herbst 1993 mit Macht einsetzen. So orakelte der FDP-Mann, der als Wirtschaftsminister bezahlt wird. Dann wurden die Gewerkschaften gewarnt, mit ihren Lohnforderungen nur nicht die zarte Aufschwungspflanze zu zertreten. Verschreckt akzeptierten die Gewerkschaften reale Einkommensbußen von etwa zwei Prozent. Doch die Beschwörungsformeln der Kohl-Gemeinde waren umsonst. Der Aufschwung kam auch im Frühjahr 1994 nicht. Im Gegenteil: Das Millionenheer der Arbeitslosen nimmt beständig zu.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 18 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kundlicher Umwelt  
mit einem Robbier  
Reserve-Pager



Was wuchs, stetig und dramatisch, war nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern vor allem auch die Staatsverschuldung. Unterdessen zahlt jeder Erwerbstätige in Deutschland monatlich DM 350,- nur für die Zinsen der Schulden der Öffentlichen Hand. Die Steuerquote ist so hoch wie nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dennoch können heute noch nicht einmal mehr die Zinsen für die öffentlichen Schulden aus dem Steueraufkommen bezahlt werden. Neue Schulden werden vom Finanzjongleur Waigel ständig aufgenommen, nur um die Zinsen für seine alten Schuldenberge zahlen zu können. Die Lasten für die arbeitenden Menschen werden deshalb in Zukunft immer größer, wenn wir dem unheilvollen Treiben der Koalition nicht endlich Einhalt gebieten. Kohl und Waigel spielen ununterbrochen Russisches Roulette. In nicht allzu ferner Zukunft wird's mit Sicherheit krachen, wenn es so weitergeht.

Rechtzeitig vor der Wahl wird - diesmal quasi regierungsoffiziell - wieder der Aufschwung gesichtet. Von der riesigen Pleitewelle, die derzeit das Land heimsucht, sprechen Kohl und seine Koalitionäre diesmal ganz absichtsvoll nicht. Zugleich wird auf breiter Front in Optimismus gemacht, ohne zu sagen, was diesen Optimismus begründet und worauf er beruhen könnte.

Regelmäßig, wie das Ungeheuer von Loch Ness, erscheint die Vor-Wahl-Warnung, den am Horizont sichtbaren wirtschaftlichen Silberstreif nicht durch eine "falsche Wahl-Entscheidung" am Durchbruch zu hindern. Doch die alles entscheidende Frage, ob der prognostizierte Aufschwung die wirtschaftlichen und die finanziellen Probleme lösen kann, wird nicht gestellt. Das Wachstum müßte schon deutlich über 2,5 Prozent im Jahr steigen, um Besserung zu bringen. Davon ist die schläfrige Kohl-Riege meilenweit entfernt.

Die Energiepreise sind so niedrig wie nie. Die geringste Erhöhung kann zu riesigen Problemen führen. Auch die Wechselkurse sind alles andere als stabil: Ein erheblicher Unsicherheitsfaktor für unsere exportorientierte Wirtschaft. Die Arbeitslosenzahlen steigen unverändert. Die Kohl'sche Arbeitslosigkeit hat sich schon in gesunden Branchen eingenistet.

So entpuppt sich das Aufschwunggerede als "des Kanzlers neue Kleider". Keiner der Mediengewaltigen hat den Mut des Kindes, das sagte, was es sah: Die nackten Tatsachen.

Helmut Kohl hat nichts vorzuweisen, was ihn als Kanzler auch in Zukunft qualifiziert. Er gaukelt den Menschen Phantasiegebilde vor, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Hoffnung und Glaube sollen die Realität verdecken. Bunker-Mentalität wird zur Volkstugend erhoben.

Es ist immer dasselbe: Die Mächtigen vermögen eigene Fehler nicht einzugestehen. Sie bauen für sich und andere eine Scheinwelt auf, an die sie langsam sogar selbst glauben. Sie suggerieren den Menschen "Erfolge", die keine sind.

Helmut Kohl ist schon heute eine tragische Figur. Er weiß es noch nicht; die meisten glauben es nicht; doch es ist die Wahrheit. Er hat sich in sein Optimismus-Gerede vernarrt. Realitätsverlust verhindert dringende Regierungsentscheidungen. Diesmal kämpft Don Quijote in der Figur des Sancho Pansa gegen die Windmühlen.

Doch die Menschen haben die Wahl.

Man wünscht ihnen die Klarsichtigkeit des unbefangenen Kindes.

(-/12. August 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Im Namen des Volkes?  
Bundestag darf Deckert-Urteil nicht akzeptieren**

**Von Siegfried Vergin MdB**

Mit ihrer Begründung des Urteils gegen den Auschwitz-Leugner Deckert haben die Richter des Mannheimer Landgerichts, die bereits 1993 mit der Freisetzung des Volksverhetzers Fred Leuchter für Negativ-Schlagzeilen sorgten, der deutschen Justiz schweren Schaden zugefügt. Die Frage drängt sich jetzt auf, ob diese überhaupt in der Lage ist, Gefahren, die dem Rechtsstaat von rechts erwachsen, zu erkennen und abzuwehren. Deckert, dessen Leugnung der Nazi-Verbrechen das ideologische Fundament für rechtsextremistische Gewalttaten abgibt, wird in der Urteilsbegründung soviel Verständnis und Nachsicht entgegengebracht, daß man sich fragen muß, ob die Richter einfach "nur" blauäugig oder aber tatsächlich auf dem rechten Auge blind sind.

Für ersteres spricht, daß die Richter die Aussetzung der Strafe zur Bewährung unter anderem damit begründen, daß Deckert "ein Mann von hoher Intelligenz" sei, dessen "intellektuelle Ausstattung" ihm auch künftig helfen werde, "strafrechtliche Verstrickungen zu vermeiden". Kann man sich eine ähnlich naive Milde bei der Verurteilung eines "intelligenten" Mörders oder Vergewaltigers vorstellen? Die Richter scheinen geradezu begeistert von Deckert zu sein, beschreiben ihn als "charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen", schwärmen fast von seinem integren Familienleben. Einem "so gearteten Manne" glaube man das Bekenntnis zur Rechtstreue. Nicht unerwähnt bleibt auch das "schwere Lebensschicksal" des Angeklagten.

Doch nicht nur für den Menschen Deckert, sondern auch für seine Tat scheinen die Richter Verständnis zeigen zu wollen, und damit erweisen sie sich tatsächlich als blind für die Bedrohung von rechts. Deckert, dessen politische Überzeugung ihm "Herzenssache" sei, werden patriotische Motive unterstellt. Es sei ihm hauptsächlich darum gegangen, "die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche zu stärken." Deutschland sei "auch heute noch, rund fünfzig Jahre nach Kriegsende, weitreichenden Ansprüchen politischer, moralischer und finanzieller Art aus der Judenverfolgung ausgesetzt...", während die Massenverbrechen anderer Völker ungesühnt blieben". Klingt es nicht fast so, als könnten die Richter Deckerts Motive nachvollziehen?

Indem das Mannheimer Gericht Deckert den Glorienschein des Patriotismus verpaßt, verharmlost es in schwerster Weise seine Leugnung der Judenvernichtung. Die Richter haben aus der Geschichte Deutschlands gar nichts gelernt. Würden nicht schon in der Weimarer Republik rechte Straftäter wegen ihrer angeblich "patriotischen" Gesinnung mit Milde behandelt? Mit seiner Urteilsbegründung unterstützt das Gericht Rechtsextremisten und insbesondere Geschichtsrevisoren in aller Offenheit und gibt damit all denen Recht, die meinen, die Justiz habe bis heute die nationalsozialistische Vergangenheit nicht aufgearbeitet. Haben die Richter nicht daran gedacht, wie sehr sie das Ansehen Deutschlands in der Welt durch ihre Rechtssprechung beschädigen? Als erste Reaktion aus Israel hört man schon, daß die Deutschen noch immer die Alten geliebt seien.

Jeder, der in Deutschland an verantwortlicher Stelle sitzt, muß das Mannheimer Urteil schelten. Das sind wir Bürger dieses Landes uns selbst, aber insbesondere den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Angehörigen schuldig. Urteilsschelte ist aber auch deshalb geboten, weil die Mannheimer Richter bei der "Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit" Verständnis für ihre Entscheidung voraussetzen, was in der Urteilsbegründung zum Ausdruck kommt.

Ich appelliere an die Justizminister und alle sonstigen politischen Verantwortlichen, nach Möglichkeiten zu suchen, daß künftig Richter mit der beim Mannheimer Landgericht offenbar gewordenen Einstellung nicht mehr mit Prozessen wie dem Deckert-Prozeß befaßt werden. Das Parlament des deutschen Volkes darf dieses Urteil "im Namen des Volkes" nicht akzeptieren.

Der Bundestag muß handeln, weil mit diesem Urteil die Gefahr für die Demokratie eine beängstigende und bedrohliche Qualität bekommen hat.

(-/12. August 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

### Erinnerung an Selma Meerbaum-Eisinger

Die jüdische deutschsprachige Dichterin, wäre am 15. August 70 Jahre alt geworden

Von Angelika Barbe MdB  
Mitglied des Parteivorstandes der SPD

...ich habe keine Zeit gehabt, zu Ende zu schreiben...

Selma Meerbaum-Eisinger

Selma Meerbaum-Eisinger - eine jüdische Dichterin, die 1939 mit fünfzehn Jahren ihre ersten Gedichte schrieb und mit 18 Jahren im Konzentrationslager Michailowka starb - erlitt das gleiche Schicksal wie die Jüdin Anne Frank.

Mit ihr teilte sie auch die Leidenschaft - das Schreiben. Während Anne Frank ihre Erlebnisse im holländischen Versteck im Tagebuch schilderte, wählte Selma Meerbaum-Eisinger für ihre Empfindungen die lyrische Form.

Beide schrieben in Deutsch.

Beiden nahmen Deutsche die Freiheit und das junge Leben.

57 Gedichte sind erhalten geblieben, die von Selmas Meisterschaft künden:

"Es ist eine Lyrik, die man weinend vor Aufregung liest: so rein, so schön, so heil und so bedroht" - damit beschrieb Hilde Domin das kleine Bändchen "Blütenlese", das Selma ihrem Freund gewidmet hatte, den sie nie wiedersah.

Leidensgefährtingen, die den kleinen Band nach Israel schmuggelten, ist zu danken, daß Selmas Gedichte nicht das gleiche Schicksal erlitten, wie die Autorin.

Und einem abenteuerlichen Ost-West-Zusammenspiel ist zu danken, daß diese wunderbare Lyrik überhaupt die Öffentlichkeit erreichte.

1968 erschien im Ostberliner Verlag der Nation eine Anthologie "Welch Wort in die Kälte gerufen - Die Judenverfolgung des Dritten Reiches im deutschen Gedicht", herausgegeben vom Schriftsteller Heinz Seydel. Darin war eines der Gedichte Selmas - das "Poem" - abgedruckt. Heinz Seydel hatte es von ehemaligen Bewohnern Czernowitz erhalten, Selmas Geburtsstadt. Dieser Abdruck des "Poems" ließ den ehemaligen Klassenlehrer Selmas, Hersch Segal, in Israel nicht ruhen. Er sammelte alles an Literatur aus Czernowitz und hielt die Verbindung zu seinen ehemaligen Schülerinnen und Schülern stets aufrecht. Er fragte Selmas Freundinnen - und hatte Erfolg. Den Gedichtband "Blütenlese" besaß die eine, einen aus dem Lager geschmuggelten Brief Selmas die andere.

Hersch Segal war begeistert von der Tiefe und Empfindsamkeit dieser Poesie, von den Nachdichtungen aus dem Französischen (Paul Verlaine), dem Jiddischen (Itzak Manger) und dem Rumänischen (Disapol Mihnea). Aber er fand zu der Zeit keinen Verlag für eine Buchveröffentlichung, denn Deutsch war in Israel lange Zeit Tabu. Das betraf auch die Lyrik und Prosa deutscher Juden. Hersch Segal brachte das Buch als Privatdruck auf eigene Kosten heraus.

Auch Jürgen Sehe war die Gedichtsammlung Heinz Seydels in einem Antiquariat aufgefallen. Von der Lyrikerin Hilde Domin bekam er den im Privatdruck erschienenen Band "Blütenlese" und machte sich in Israel auf Spurensuche.

Das Ergebnis war das Buch "Ich bin in Sehnsucht eingehüllt", das alle 57 erhalten gebliebenen Gedichte Selma Meerbaum-Eisingers enthält, mit einer spannend und einfühlsam geschriebenen Einleitung Jürgen Sehes.

Dies wiederum diente dem Ostberliner Verlag Neues Leben als Vorlage für die Nr. 166/1981 der Reihe "Poesiealbum".

Seitdem kenne ich die Lyrikerin Selma Meerbaum-Eisinger durch ihre Gedichte, weiß, daß sie in ärmlichen Verhältnissen aufwuchs, früh den Vater verlor und gemeinsam mit Mutter und Stiefvater nach Michailowka deportiert wurde.

An Selma Meerbaum-Eisinger sollte erinnert werden, wenn Anne Frank genannt wird.

Selmas Gedichte gehören in die Hände von Deutschlehrerinnen und Deutschlehrern - und in die Herzen junger Menschen, denen Selma Meerbaum-Eisingers Schicksal heute erst recht nicht gleichgültig bleiben darf.

Tragik (Selma Meerbaum-Eisinger)

Das ist das Schwerste: sich verschenken  
und wissen, daß man überflüssig ist,  
sich ganz zu geben und zu denken,  
daß man wie Rauch ins Nichts verfließt.

23.12.1941

(mit dem Stift hinzugefügt)

Ich habe keine Zeit gehabt zu Ende zu schreiben...

Selma starb am 16. Dezember 1942 an Typhus.

(-/12. August 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### Die Chancen der Einheit endlich nutzen

**Dresdner Erklärung des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping und der ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden**

1. Die CDU hat mit ihrer wirtschaftlich und sozial unverantwortlichen Politik aus dem Glücksfall der deutschen Einheit für Millionen Menschen Arbeitslosigkeit, Angst um die Wohnung und bittere soziale Ungerechtigkeiten gemacht. Sie ist verantwortlich für die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Staatsverschuldung, die höchste Kriminalität und die höchste Steuerbelastung. Davon versucht die Union mit ihrer "Volksfront"- und "Rote-Socken-Kampagne" abzulenken. Das ist ein wahltaktisch durchsichtiges und gefährliches Spiel. Damit kann aber nicht überdeckt werden, daß die Bundesregierung die Menschen in Ostdeutschland jahrelang mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Problemen allein gelassen hat. So wird der Graben zwischen Ost- und Westdeutschen weiter vertieft. Diese Politik führt nicht zusammen, sie spaltet. Die CDU-Kampagne ist durch und durch verlogen, weil sie die Union aus purer Machtgier gleich zwei Blockparteien vereinnahmt hat und sich bis heute um des puren Machterhalts willen alter DDR-Kader bedient. Die CDU-geführten Landesregierungen haben sich an dieser Politik beteiligt und damit die unsoziale Bonner Politik unterstützt und verlängert.
2. Seit der deutschen Einheit tritt die SPD dafür ein, durch eine aktive Politik die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland zu erreichen und dadurch die Gräben zu überwinden. Mit unserem 16-Punkte-Sofortprogramm für "Arbeit und Gerechtigkeit" legen wir ein realistisches und zukunftsfähiges Programm für Ostdeutschland vor. Wer bezahlbaren Wohnraum, zukunftssichere Arbeitsplätze, die Sicherung ostdeutscher Nutzungs- und Eigentumsrechte an Datschen, Grundstücken und landwirtschaftlichen Nutzflächen, wer gerechte Renten und angemessene Würdigung seiner ostdeutschen Biographie im öffentlichen Leben wie im Beruf erreichen möchte, der findet dafür Unterstützung und Umsetzung in Regierungshandeln nur bei der SPD.

3. In Brandenburg und in Sachsen-Anhalt werden die Richtlinien der Politik von der Sozialdemokratischen Partei bestimmt. In Berlin arbeitet eine große Koalition unter Beteiligung der SPD. Voraussetzung für eine neue Politik der wirtschaftlichen Restrukturierung, der ökologischen Modernisierung und der sozialen Gerechtigkeit in ganz Ostdeutschland ist es, daß die Wählerinnen und Wähler dafür sorgen, daß künftig auch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen die SPD Regierungsverantwortung übernimmt. Eine solche Politik ist nur möglich mit der aktiven und engagierten Beteiligung der Menschen selbst. Die SPD war immer die Partei der demokratischen Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, die Partei der sozialen Demokratie. Aber noch immer stehen viele Menschen im Osten Deutschlands im Abseits.
4. Viele drücken ihre Wut, Enttäuschung und Resignation angesichts dieser Entwicklung durch Protestwahl vor allem durch Wahl der PDS aus. So verständlich ist es, wenn sich Wut und Enttäuschung im Protest ihr Ventil suchen, so sehr appellieren wir doch an unsere ostdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger, weniger auf die größtmögliche Lautstärke des Protestes als auf die größtmögliche Chance zur Realisierung der rechtmäßigen Forderungen und Wünsche der Ostdeutschen zu schauen.
5. Wir setzen auf aktive Gestaltung. Die PDS setzt allein auf Opposition. Die PDS ist die Partei der folgenlosen populistischen Versprechen. Die SPD ist die Partei des sozial gerechten, ökologisch verantwortlichen und wirtschaftlich modernen Handelns. Die PDS ist vor allem die veraltete und überalterte Partei der ehemaligen Staatsfunktionäre, die keinen sauberen Trennungsstrich zu ihrer SED-Vergangenheit gezogen hat und die bis heute nicht offenlegen will, wohin die Milliardensummen ehemaligen "Volksvermögens" verschoben wurden. Die SPD ist - neben der Partei Bündnis 90 - die Partei der friedlichen Revolution von 1989, des demokratischen Neuanfangs. Es bleibt dabei: Die PDS ist ein politischer Konkurrent und Gegner der SPD. Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage. Dies muß jeder wissen, der den politischen Wechsel in Schwerin, in Dresden, in Erfurt und in Bonn will: Die Ablösung der CDU-geführten Regierungen ist mit Stimmen für die PDS nicht zu erreichen. Selbst wenn es der einzelne Wähler nicht will: PDS-Stimmen halten die Regierung Kohl im Amt.
6. Zu wenige unterstützen heute den demokratischen Neuanfang durch ihre Mitgliedschaft und ihr Engagement in einer demokratischen Partei. Dies gilt auch für die SPD, deren Mitgliederzahl im Vergleich aller Parteien alleinig - wenn auch nur sehr langsam - im Steigen begriffen ist. Dies hat - nicht nur, aber auch - damit zu tun, daß viele Menschen in Ostdeutschland unsicher sind, ob sie mit ihrem Leben und ihren Erfahrungen aus der Zeit der DDR jetzt in diesem neuen, größeren Deutschland wirklich gewollt sind und akzeptiert werden.
7. Nahezu fünf Jahre nach dem Fall der Mauer und in einer Zeit fortdauernder Auseinandersetzung um die Vergangenheit möchten wir deshalb heute ein Signal der Versöhnung setzen. Es darf nicht sein, daß das Leben in der DDR für die Menschen in den neuen Bundesländern zu einem Kainsmal wird. Demokratie bedeutet immer die Chance zur Korrektur, zur Umkehr, zu einem Neuanfang, ja zur Versöhnung.
8. Wir erneuern deshalb den Appell, der 1989 bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) in Schwarte auch an den Wurzeln unserer Partei in den neuen Bundesländern stand: "Zuletzt - und das heißt an gewichtigster Stelle - rufen wir alle Bürger der DDR auf, zu prüfen, ob sie sich mit unseren Zielen identifizieren können und mit uns für sie arbeiten möchte. Wir laden alle dazu ein. Ohne eine breite Zustimmung und die engagierte Mehrheit vieler werden wir sie nicht erreichen können. Wer sich nicht mit unseren Zielen einverstanden erklären kann, bestimme seine eigene demokratische Perspektive. Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen. Jeder, der daran mitarbeitet, ist Teil der Hoffnung für dieses Land!"

(-/12. August 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*